

KONTROLLBLATT

Kandidatennummer: D-25-000-0

Fach: Arbeitslosenversicherung

Falldossier 1

Prüfungsteil 1.2: Falldossier

Kandidatennummer

D-25-000-0

Zweig

Arbeitslosenversicherung

Falldossier

Nr. 1
Tramezino AG

Prüfungsdauer

90 Minuten

Anzahl Seiten der Prüfung

18 Seiten

Beilage(n)

Keine

Maximale Punkte

90

Erzielte Punkte

Lösungsvorschlag

Die Experten/innen

Datum

Unterschriften

Experte/in 1

Expert/in 2

Prüfungsteil 1.2: Falldossier

Kandidatennummer

D-25-000-0

Falldossier

Einführung in den Fall

Die Tramezino AG, mit Sitz in Schaffhausen, einigte sich mit den Gläubigern auf eine Stundung der Schulden. Am 01.02.2025 gewährte der zuständige Richter der Tramezino AG eine Nachlassstundung und wurde am selben Tag im schweizerischen Handelsamtsblatt (SHAB) publiziert. Der zuständige Sachwalter stellte fest, dass die Tramezino gegenüber den Mitarbeitenden erhebliche Lohnausstände hatte. Die Auflistung der offenen Forderungen der Mitarbeitenden für die Zeit vor dem 01.02.2025 ergab unter anderem:

Mitarbeitende	Funktion	Bemerkung	Anstellungsverhältnis
Walter Gautschi	Verwaltungsrat	-	Weiterhin angestellt
Wanda Gautschi	Leiterin Administration	Erhält einen Barlohn und ist die Ehefrau von Walter Gautschi	Gekündigt per 31.01.2025 (Austrittsdatum)
Monika Gautschi	Lernende	Enkelin von Walter Gautschi	Weiterhin angestellt
Marco Sutter	Buchhalter	Wurde am 01.04.2024 vorzeitig pensioniert (1. und 2. Säule), erreicht das Referenzalter im Jahr 2027 und arbeitete noch im Pensum von 20% weiter.	Kündigung per 28.02.2025 (Austrittsdatum)
Vanja Selic	Sales Manager Germany	Ist Grenzgängerin und hat den Wohnsitz in Deutschland. Sie hat keinen Bezug zur Schweiz und besitzt ein Eigenheim in Deutschland.	Weiterhin angestellt
Florian Müller	Verkäufer	Reiner Provisionslohn	Kündigung per 28.02.2025 (Austrittsdatum)

Die Mitarbeitenden haben nun viele Fragen zum weiteren Vorgehen und zur Regelung der Insolvenzent-schädigung, wodurch Wanda Gautschi völlig überfordert ist.

Deshalb bittet sie um einen Austausch mit einem Mitarbeiter oder einer Mitarbeiterin der Arbeitslosen-kasse, um spezifische Einzelfälle zu besprechen.

Um die Gesamtsituation besser verstehen zu können, haben Sie noch Zusatzinformationen aller Beteilig-ten erhalten. Die nachfolgende Übersicht wurde Ihnen zugestellt.

Prüfungsteil 1.2: Falldossier

Kandidatennummer

D-25-000-0

Falldossier (Fortsetzung)

Person: Walter Gautschi

Walter Gautschi ist der Verwaltungsrat der Firma. Er ist auch der operative Chef in der Organisation, arbeitet überall und jederzeit mit. Er möchte nun alles Erdenkliche tun, um seine Mitarbeitenden nicht zu enttäuschen und sicherzustellen, dass alle ihr Ersatzeinkommen erhalten. Er befindet sich in einer sehr prekären finanziellen Lage. Normalerweise zahlt er sich monatlich CHF 10'000.00 plus den Anteil am 13.- Monatslohn aus. Jedoch hat er sich seit fünf Monaten keinen Lohn mehr auszahlen können.

Person: Wanda Gautschi

Wanda Gautschi ist die Frau von Walter, hat sich jedoch bereits im Oktober 2024 von ihm getrennt, auch in steuerlicher Hinsicht. Der Stress und die angespannte finanzielle Situation der letzten Jahre führten zur Ehekrise, die letztendlich den Auszug aus der gemeinsamen Wohnung zur Folge hatte. Über zehn Jahre hatte Wanda Gautschi ein Arbeitspensum von 50 % und erhielt einen Barlohn von CHF 4'000.00, welchen sie auch bis zum 31.12.2024 erhalten hat. Danach blieben die Lohnzahlungen aus. Wanda macht ihre Lohnforderungen ab dem 01.01.2025 geltend. Ein 13. Monatslohn wurde nicht vereinbart.

Person: Monika Gautschi

Monika Gautschi ist die Tochter der Schwester von Walter, die nichts mit der Tramezino AG zu tun hat. Monika konnte im Alter von 15 Jahren im August 2023 ihre Lehre bei der Tramezino AG beginnen und befindet sich aktuell im zweiten Lehrjahr. Ihr Lehrlingslohn beträgt monatlich CHF 800.00 (inkl. 13. Monatslohn). Ihr Lohn wurde bis zum 01.02.2025 weiterbezahlt, daher macht Monika keine Forderungen geltend.

Person: Marco Sutter

Marco Sutter ist das Urgestein der Firma. Nicht nur, dass er der Älteste ist, er hat auch viel Erfahrung und in der Vergangenheit selbst einen Betrieb geleitet. Daher konnte er nach seiner vorzeitigen Pensionierung bei der Tramezino AG weiterarbeiten. Er erhält eine Gesamaltersrente aus der ersten und zweiten Säule in Höhe von CHF 6'000.00. Sein Lohn für die 20 % Anstellung in der Tramezino AG betrug CHF 2'000.00, zuzüglich eines dreizehnten Monatslohns und eines jährlichen Boni von CHF 12'000.00. Seit dem 01.06.2024 hat er seinen Lohn jedoch nicht mehr erhalten. Da er das Geld nicht dringend benötigte, hat er die offenen Löhne gegenüber der Tramezino AG nicht gemahnt, sondern darauf gewartet, dass es der Tramezino AG finanziell besser geht. Nach seiner Kündigung jedoch hat er im Rahmen der Nachlassstundung seine Lohnforderungen für die Zeit ab dem 01.06.2024 beim Konkursamt eingereicht. Marco möchte unbedingt weiterarbeiten und meldet sich ab dem Zeitpunkt der Nachlassstundung beim RAV an.

Prüfungsteil 1.2: Falldossier

Kandidatennummer

D-25-000-0

Falldossier (Fortsetzung)

Person: Vanja Selic
Vanja Selic ist Grenzgängerin und wohnt in Deutschland nahe der Grenze. Ihr Lebensmittelpunkt, ihre Familie sowie ihr Eigenheim befinden sich ebenfalls in Deutschland. Sie arbeitet jedoch in der Schweiz und verdient hier ihren Lohn. Dieser beträgt monatlich CHF 15'000.00, zuzüglich eines jährlichen Boni von CHF 24'000.00. Zudem hat sie sehr viele Überstunden aufgespart. Ihren Lohn hat sie zuletzt Ende November erhalten. Die Lohnforderungen werden somit für Dezember 2024 und Januar 2025 gestellt. Zusätzlich fordert sie den dreizehnten Monatslohn und den Bonus ein.

Zusätzlich wird eine Beitragstabelle der Sozialversicherungsbeiträge (Jahr 2024 und 2025) mitgeschickt.

Sozialversicherung	Satz	Art des Abzugs
AHV	8.7 %	paritätisch
IV	1.4 %	paritätisch
EO	0.5 %	paritätisch
ALV	2.2 %	paritätisch
BVG	20 %	Paritätisch auf den ganzen Lohn (ohne Koordinationsabzug)
KTG	3 %	wurde vom Arbeitgeber vollständig übernommen
UV (BU/NBU)	5 %	wurde vom Arbeitgeber vollständig übernommen

Prüfungsteil 1.2: Falldossier

Kandidatennummer

D-25-000-0

Aufgaben

Lesen Sie zunächst alle Aufgaben und die untenstehenden «Erwartungen» und «Beurteilung» durch, damit Sie wissen, in welcher Phase welche Antworten erwartet werden und wie viel Zeit Sie dafür einsetzen wollen und können.

Aufgabe 1: Ganzheitliche Analyse (15 Punkte)

Nehmen Sie eine ganzheitliche Analyse der Ausgangslage vor. Stellen Sie Ihre Ergebnisse auf strukturierte und nachvollziehbare Weise dar.

Aufgabe 2: Zentrale Fragestellungen und Herausforderungen (15 Punkte)

Beschreiben Sie die zentralen Fragestellungen bzw. Herausforderungen, die aus Ihrer Sicht in dieser Situation bestehen.

- Erläutern Sie die Ansprüche von Arbeitnehmenden auf Insolvenzenschädigung bei einer Nachlassstundung unter Berücksichtigung der Bestimmungen des AVIG und erklären sie den Begriff Nachlassstundung in wenigen Worten. (7.5 Punkte)
- Erläutern Sie die Abgrenzung zwischen Insolvenzenschädigung und Arbeitslosenentschädigung sowie die Unterschiede, die in der Auszahlung entstehen können. Erklären Sie zudem, welche Arbeitslosenkasse für welche Leistung zuständig ist (7.5 Punkte)

Aufgabe 3: Konkrete Schlussfolgerungen und Berechnungen (15 Punkte)

Ziehen Sie Schlussfolgerungen zu den Ansprüchen der einzelnen Mitarbeitenden und berechnen sie den jeweiligen Anspruch:

- Beschreiben Sie detailliert die rechtlichen und praktischen Herausforderungen im Fall von **Walter Gautschi** und führen Sie eine Anspruch- und Insolvenzberechnung gemäss den vorhandenen Informationen durch. Legen Sie insbesondere die potenziellen Auswirkungen seiner Funktion als Verwaltungsrat und die damit verbundenen rechtlichen Auswirkungen des Anspruchs dar (7.5 Punkte).
- Beschreiben Sie detailliert die rechtlichen und praktischen Herausforderungen im Fall von **Wanda Gautschi**. Berücksichtigen Sie dabei ihre Funktion und ihren Zivilstand sowie den Umstand, dass ein Barlohn ausgezahlt wurde (7.5 Punkte).

Prüfungsteil 1.2: Falldossier

Kandidatennummer

D-25-000-0

Aufgaben (Fortsetzung)

Aufgabe 4: Beschaffung von Informationen (15 Punkte)

Beschaffen Sie alle noch ausstehenden Informationen. Beschreiben Sie, woher Sie welche Informationen gewinnen und legen Sie diese nachvollziehbar dar.

- Beschreiben Sie detailliert welche Informationen in diesem Fall von Monika Gautschi noch zu beschaffen sind um den Anspruch zu prüfen. Legen Sie insbesondere einen Fokus auf die potenziellen Auswirkungen ihrer Funktion als Lernende sowie den Verwandtschaftsgrad mit Walter Gautschi und die damit verbundenen rechtlichen Auswirkungen auf den Anspruch dar.

Aufgabe 5: Entscheid (15 Punkte)

Beschreiben Sie detailliert die rechtlichen und praktischen Herausforderungen im Fall von **Marco Sutter** und führen Sie eine Anspruchs- und Insolvenzberechnung gemäss den vorhandenen Informationen durch. Geben Sie dabei an, welchen Einfluss seine vorzeitige Pensionierung und seine Rente auf die Insolvenzenschädigung haben. Legen Sie zudem dar, ob er ab dem 01.03.2025 einen Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung hat.

Aufgabe 6: Kommunikation (15 Punkte)

Zeigen Sie auf, wie Sie planen Ihren Entscheid in Fall Vanja Selic zu kommunizieren. Wer sollte wann wie informiert werden?

- Wer erhält den Entscheid und in welcher Form geschieht dies? Wie kann Vanja Selic sich gegen diesen Entscheid zur Wehr setzen?

Erwartungen

Bearbeiten Sie die oben angeführten Aufträge der Reihe nach. Stellen Sie Ihre Ergebnisse schriftlich dar. Achten Sie darauf, dass Ihre Ausführungen für Dritte nachvollziehbar sind und Sie Ihre Aussagen hinreichend begründen.

Für die Bearbeitung des Falldossiers stehen Ihnen 90 Minuten zur Verfügung.

Hinweis

Für die Recherche steht Ihnen während der Prüfung der Online-Zugriff ins Internet zur Verfügung.

Prüfungsteil 1.2: Falldossier

Kandidatennummer

D-25-000-0

Aufgaben (Fortsetzung)

Beurteilung

Ihre Leistung wird nach folgenden Leitfragen bewertet:

- Nimmt der/die Kandidat/in eine ganzheitliche Analyse der Ausgangslage vor und stellt er/sie die Ergebnisse nachvollziehbar dar?
- Beschreibt der/die Kandidat/in die zentralen Fragestellungen bzw. Herausforderungen?
- Zieht der/die Kandidat/in angemessene erste Schlussfolgerungen in Bezug auf das weitere Vorgehen?
- Beschafft der/die Kandidat/in alle erforderlichen Informationen und fasst er/sie diese nachvollziehbar zusammen?
- Trifft der/die Kandidat/in einen geeigneten Entscheid und argumentiert er/sie den Entscheid nachvollziehbar und fachlich korrekt?
- Kommuniziert der/die Kandidat/in den Entscheid korrekt und für die Zielgruppe angemessen?

Punkte

max. 90

Prüfungsteil 1.2: Falldossier

Kandidatennummer

D-25-000-0

Aufgabe 1: Ganzheitliche Analyse (15 Punkte)

Erzielte Punkte

Nehmen Sie eine ganzheitliche Analyse der Ausgangslage vor. Stellen Sie Ihre Ergebnisse auf strukturierte und nachvollziehbare Weise dar.

Lösungsvorschlag

Die Tramezino AG mit Sitz in Schaffhausen befindet sich in einer ernsthaften wirtschaftlichen Krise. Am 01.02.2025 wurde eine Nachlassstundung bewilligt. Die Firma hat erhebliche Lohnausstände gegenüber mehreren Mitarbeitenden, was zu rechtlichen und sozialen Unsicherheiten führt.

1. Unternehmenssituation

- *Die Firma ist überschuldet, eine Nachlassstundung wurde bewilligt.*
- *Der operative Betrieb scheint weiterzugehen, jedoch ohne finanzielle Stabilität.*
- *Die Löhne wurden teilweise seit Monaten nicht mehr gezahlt.*

2. Übersicht der Mitarbeitenden und ihre Lage

- *Walter Gautschi: Verwaltungsrat und operativer Leiter. Hat sich selbst seit fünf Monaten keinen Lohn mehr ausbezahlt. Finanziell stark belastet, jedoch weiterhin angestellt und engagiert.*
- *Wanda Gautschi: Ehefrau von Walter, jedoch seit Oktober 2024 getrennt. Arbeitete 50 % für CHF 4'000/Monat. Kündigung per 31.01.2025. Lohn wurde ab Januar 2025 nicht mehr bezahlt, sie macht ab diesem Zeitpunkt eine Forderung geltend.*
- *Monika Gautschi: Lernende im zweiten Lehrjahr, weiterhin angestellt. Ihre Löhne wurden bis zur Nachlassstundung bezahlt, keine Forderungen offen.*
- *Marco Sutter: Teilpensionierter Buchhalter (20 % Pensum, CHF 2'000/Monat + Boni). Seit Juni 2024 keine Lohnzahlungen mehr erhalten. Forderungen ab Juni 2024 beim Konkursamt eingereicht. Möchte sich beim RAV melden.*
- *Vanja Selic: Sales Managerin mit Wohnsitz in Deutschland. Hoher Lohn (CHF 15'000/Monat + Bonus). Forderungen für Dez. 2024, Jan. 2025 sowie 13. Monatslohn und Boni. Viele Überstunden angespart.*
- *Florian Müller: Verkäufer auf reiner Provisionsbasis. Kündigung per 28.02.2025. Weitere Informationen fehlen, vermutlich ebenfalls von Lohnausständen betroffen.*

4. Sozialversicherungen

- *Beiträge sind grundsätzlich paritätisch geregelt.*
- *KTG und UV wurden vom Arbeitgeber übernommen.*
- *BVG: 20 % auf den ganzen Lohn, kein Koordinationsabzug erwähnt.*

5. Fazit *Die Ausgangslage ist komplex, insbesondere wegen der individuellen Umstände der Mitarbeitenden (Grenzgängerin, Lernende, Pensionierter, familiäre Bindungen). Eine strukturierte, einzelfallbezogene Beratung ist dringend notwendig, um die Ansprüche auf Insolvenzenschädigung korrekt zu prüfen und rechtssicher zu bearbeiten.*

Prüfungsteil 1.2: Falldossier

Kandidatennummer

D-25-000-0

Aufgabe 2: Zentrale Fragestellungen und Herausforderungen (15 Punkte)

Erzielte Punkte

Beschreiben Sie die zentralen Fragestellungen bzw. Herausforderungen, die aus Ihrer Sicht in dieser Situation bestehen.

- Erläutern Sie die Ansprüche von Arbeitnehmenden auf Insolvenzenschädigung bei einer Nachlassstundung unter Berücksichtigung der Bestimmungen des AVIG und erklären sie den Begriff Nachlassstundung in wenigen Worten.
- Erläutern Sie die Abgrenzung zwischen Insolvenzenschädigung und Arbeitslosenentschädigung sowie die Unterschiede, die in der Auszahlung entstehen können. Erklären Sie zudem, welche Arbeitslosenkasse für welche Leistung zuständig ist.

Lösungsvorschlag

Aufgabe 1.1

Mit der Bewilligung der Nachlassstundung entsteht ein Anspruch auf IE (BGE 123 V 106). Der richterliche Konkursaufschub ist ebenfalls ein IE-Ereignis (Art. 57 AVI und Weisung AVIG IE N B7).

*Die **Nachlassstundung** ist ein rechtliches Verfahren, das überschuldeten Unternehmen oder Privatpersonen Zeit gibt, um ihre finanzielle Situation zu ordnen und eine Einigung mit ihren Gläubigern zu erzielen. Es handelt sich um ein Verfahren nach dem Schweizer Schuldbetreibungs- und Konkursrecht (SchKG).*

Zusammenfassung

Die Nachlassstundung ist ein Verfahren, das Unternehmen oder Personen eine letzte Chance gibt, ihre finanziellen Probleme zu lösen, bevor es zu einem Konkurs kommt. Es bietet den Gläubigern die Möglichkeit, zumindest einen Teil ihrer Forderungen zurückzuerhalten, und dem Schuldner die Möglichkeit, seine Existenz oder sein Unternehmen zu retten. (15 Punkte)

Prüfungsteil 1.2: Falldossier

Kandidatennummer

D-25-000-0

Aufgabe 2: Zentrale Fragestellungen und Herausforderungen (Fortsetzung)

Aufgabe 1.2

Die IE bezweckt die Deckung von Lohnforderungen für die Zeit, in der sich die arbeitnehmende Person der Arbeitsvermittlung nicht zur Verfügung stellen konnte. Die ALE hingegen übernimmt Lohnverluste für Arbeitsausfälle ab dem Zeitpunkt, nachdem die versicherte Person wegen der Auflösung ihres Arbeitsverhältnisses der Arbeitsvermittlung zur Verfügung steht. Die IE deckt somit grundsätzlich nur Lohnforderungen für geleistete Arbeit.

Entscheidendes Kriterium für die Abgrenzung der IE von der ALE ist, ob die versicherte Person in der fraglichen Zeit der Arbeitsvermittlung zur Verfügung steht und die Kontrollvorschriften erfüllen kann. Die versicherte Person hat somit Anspruch auf ALE, sobald sie faktisch oder rechtlich arbeitslos wird und sich folglich bei der Arbeitsvermittlung anmeldet sowie die Kontrollvorschriften erfüllen kann. Bestehen über den Bestand oder die Realisierbarkeit des Kündigungslohnes bzw. über die Ansprüche wegen fristloser oder unzeitiger Kündigung begründete Zweifel, ist ALE nach Art. 29 Abs. 1 AVIG auszurichten. Dabei gehen die Ansprüche der versicherten Person samt dem gesetzlichen Konkursprivileg auf die Kasse über.

Ansprüche wegen fristloser oder unzeitiger Kündigung der arbeitnehmenden Person werden demnach von der IE nicht gedeckt.

Hingegen sind unverschuldete Arbeitsverhinderungen aus in der Person des Arbeitnehmers oder der Arbeitnehmerin liegenden Gründen (z. B. Krankheit, Unfall, Militär; vgl. Art. 324a OR) sowie die in der fraglichen Zeitspanne bezogenen Ferien der geleisteten Arbeit gleichzustellen und deshalb über die IE zu entschädigen. Voraussetzung ist jedoch, dass eine Lohnzahlungspflicht des Arbeitgebers besteht und die versicherte Person in der massgebenden Zeitspanne die gesetzlichen oder vertraglichen Lohnersatz-einkünfte nicht erhalten hat.

Wenn z. B. feststeht, dass das Arbeitsverhältnis nicht gekündigt worden ist und sich die arbeitnehmende Person beim Arbeitgeber um Arbeitszuweisung bemüht hat, jedoch mit Versprechen auf Arbeitszuweisung hingehalten worden ist, sind Lohnausfälle für solche Arbeitgeberverzögerungen der geleisteten Arbeit gleichzustellen und über die IE zu entschädigen.

Trotz anderer Auffassung des Bundesgerichts rechtfertigen sich diese Ausnahmen, weil in solchen Fällen die versicherte Person noch in einem Arbeitsverhältnis steht, d. h. weder rechtlich noch faktisch arbeitslos und damit auch nicht vermittlungsfähig ist (Weisung AVIG IE Nr A2 bis A5). (15 Punkte)

Prüfungsteil 1.2: Falldossier

Kandidatennummer

D-25-000-0

Aufgabe 3: Konkrete Schlussfolgerungen und Berechnungen (15 Punkte)

Erzielte Punkte

Ziehen Sie Schlussfolgerungen zu den Ansprüchen der einzelnen Mitarbeitenden und berechnen sie den jeweiligen Anspruch:

- Beschreiben Sie detailliert die rechtlichen und praktischen Herausforderungen im Fall von **Walter Gautschi** und führen Sie eine Anspruch- und Insolvenzberechnung gemäss den vorhandenen Informationen durch. Legen Sie insbesondere die potenziellen Auswirkungen seiner Funktion als Verwaltungsrat und die damit verbundenen rechtlichen Auswirkungen des Anspruchs dar.
- Beschreiben Sie detailliert die rechtlichen und praktischen Herausforderungen im Fall von **Wanda Gautschi**. Berücksichtigen Sie dabei ihre Funktion und ihren Zivilstand sowie den Umstand, dass ein Barlohn ausgezahlt wurde.

Lösungsvorschlag

Aufgabe Walter Gautschi

Im Fall von Walter Gautschi liegt klar eine arbeitgeberähnliche Stellung vor. In einer arbeitgeberähnlichen Stellung befinden sich Personen, die nach AHVG als unselbstständig Erwerbende Lohn erzielen (z. B. in AG, GmbH oder Genossenschaft) und einen massgebenden Einfluss auf die Entscheidungsfindung des Betriebes haben.

Eine arbeitgeberähnliche Stellung liegt vor, wenn:

- *Die Person **massgeblichen Einfluss** auf die Unternehmensführung hat (z. B. als Geschäftsführer, Verwaltungsrat, Gesellschafter).*
- *Sie für Entscheidungen verantwortlich ist, die das Unternehmen betreffen, einschliesslich Personalfragen.*
- *Sie am wirtschaftlichen Risiko des Unternehmens beteiligt ist (z. B. durch Besitz von Unternehmensanteilen).*

Personen, die in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter oder Gesellschafterin, als finanziell am Betrieb Beteiligte oder als Mitglieder eines obersten betrieblichen Entscheidungsgremiums die Entscheidungen des Arbeitgebers bestimmen oder massgeblich beeinflussen können, sowie ihre im selben Betrieb mitarbeitenden Ehegatten/Ehegattinnen, haben keinen Anspruch auf IE.

Dieser persönliche Leistungsausschluss kommt unabhängig von der Gesellschaftsform und vom AHV-Beitragsstatut der erwerbstätigen Person zur Anwendung (Weisung AVIG ALE B12 ff und Weisung AVIG IE B10)

Prüfungsteil 1.2: Falldossier

Kandidatennummer

D-25-000-0

**Aufgabe 3: Konkrete Schlussfolgerungen und Berechnungen
(Fortsetzung)**

Grund für den Ausschluss

Der Ausschluss von Personen in arbeitgeberähnlicher Stellung basiert auf folgenden Überlegungen:

- **Eigenverantwortung:** Arbeitgeberähnliche Personen tragen Mitverantwortung für die wirtschaftliche Situation des Unternehmens und können deshalb nicht wie ein abhängiger Arbeitnehmer behandelt werden.
- **Risikoakzeptanz:** Durch ihre Position oder Beteiligung akzeptieren sie das unternehmerische Risiko, einschließlich möglicher Insolvenzen.
- **Missbrauchsgefahr:** Die Insolvenzenschädigung könnte missbraucht werden, wenn arbeitgeberähnliche Personen sich selbst hohe „Löhne“ zusichern und diese im Fall einer Insolvenz geltend machen.

Aufgabe Wanda Gautschi

Anspruch auf IE

Auch Wanda hat keinen Anspruch auf Insolvenzenschädigung, da sie die Ehepartnerin von Walter ist. Der Umstand, dass das Paar getrennt lebt, hat keinen Einfluss auf den Anspruch, da die Ehe rechtlich geschieden sein muss (Weisung AVIG IE B10).

Barlohn

Falls ein Anspruch bestehen würde, hätte der Umstand, dass ein Barlohn ausbezahlt wurde, keine Auswirkung auf den Anspruch. Es müsste jedoch eine intensivere Lohnprüfung vorgenommen werden.

Wurde der Lohn bar bezogen, können das bei der Steuerverwaltung mit Lohnausweis deklarierte Einkommen, Lohnquittungen oder durch ein Treuhandbüro geführte Geschäftsbücher jeweils in Verbindung mit einem entsprechenden individuellen Kontoauszug der AHV als Nachweis für den Lohnbezug akzeptiert werden. Widersprechen die genannten Beweismittel dem individuellen Kontoauszug der AHV, so ist für die Bestimmung des versicherten Verdienstes vom geringeren Betrag auszugehen (Weisung AVIG ALE B148).

Prüfungsteil 1.2: Falldossier

Kandidatennummer

D-25-000-0

Aufgabe 4: Beschaffung von Informationen (15 Punkte)

Erzielte Punkte

Beschaffen Sie alle noch ausstehenden Informationen. Beschreiben Sie, woher Sie welche Informationen gewinnen und legen Sie diese nachvollziehbar dar.

Beschreiben Sie detailliert welche Informationen in diesem Fall von **Monika Gautschi** noch zu beschaffen sind um den Anspruch zu prüfen. Legen Sie insbesondere einen Fokus auf die potenziellen Auswirkungen ihrer Funktion als Lernende sowie den Verwandtschaftsgrad mit Walter Gautschi und die damit verbundenen rechtlichen Auswirkungen auf den Anspruch dar.

Lösungsvorschlag

Aufgabe Monika Gautschi

Anspruch auf Insolvenzenschädigung

Info für Falllösung: Eine lernende Person hat regulär Anspruch auf Insolvenzenschädigung. Anspruch auf Insolvenzenschädigung (IE) haben beitragspflichtige Arbeitnehmende von Arbeitgebern, die in der Schweiz der Zwangsvollstreckung unterliegen oder in der Schweiz Arbeitnehmende beschäftigen. Arbeitnehmende, die das Mindestalter für die AHV-Beitragspflicht noch nicht erreicht haben, werden den beitragspflichtigen Arbeitnehmenden gleichgestellt (Art. 73 AVIV, AVIG Weisung IE B9).

Da keine Lohnforderungen geltend gemacht wurden, besteht kein Anspruch auf Zahlungen aus der Insolvenzenschädigung.

Relevante Informationen: Hat die Lernende einen relevanten Einfluss auf die Entscheidungswege in der Firma.

Verwandtschaftsgrad

Der Verwandtschaftsgrad von Monika und Walter hat in diesem Fall keine Bedeutung.

Prüfungsteil 1.2: Falldossier

Kandidatennummer

D-25-000-0

Aufgabe 5: Entscheid (15 Punkte)

Erzielte Punkte

Beschreiben Sie detailliert die rechtlichen und praktischen Herausforderungen im Fall von **Marco Sutter** und führen Sie eine Anspruchs- und Insolvenzberechnung gemäss den vorhandenen Informationen durch. Geben Sie dabei an, welchen Einfluss seine vorzeitige Pensionierung und seine Rente auf die Insolvenzenschädigung haben. Legen Sie zudem dar, ob er ab dem 01.03.2025 einen Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung hat.

Lösungsvorschlag

Aufgabe Marco Sutter

Anspruch auf Insolvenzenschädigung

Das Alter und die Rente, die Marco Sutter erhält, haben keinen Einfluss auf seinen Anspruch auf Insolvenzenschädigung. Anspruch auf Insolvenzenschädigung (IE) haben beitragspflichtige Arbeitnehmende von Arbeitgebern, die in der Schweiz der Zwangsvollstreckung unterliegen oder in der Schweiz Arbeitnehmende beschäftigen. Arbeitnehmende, die das Mindestalter für die AHV-Beitragspflicht noch nicht erreicht haben, werden den beitragspflichtigen Arbeitnehmenden gleichgestellt (Art. 73 AVIV). Das Höchstalter für die IE fällt mit dem Referenzalter (Art. 21 Abs. 1 AHVG) zusammen, da anschliessend die Beitragspflicht endet. Daher fällt Marco Sutter noch in die entsprechende Altersgrenze, und sein Einkommen ist regulär versichert, ohne Berücksichtigung einer allfälligen Altersrente. Grundsätzlich hat Marco Sutter demnach Anspruch auf Insolvenzenschädigung.

Geltendmachung und Schadenminderung

Die Kasse darf IE nur ausrichten, wenn die arbeitnehmende Person ihre Lohnforderung glaubhaft macht. Eine blosser Geltendmachung bzw. ein lediglich behaupteter Lohn-, Überstunden- oder Ferienanspruch reicht nicht aus. Da ein vollständiger Beweis nicht immer zu Beginn des Verfahrens erbracht werden kann, bezeichnet der Begriff des Glaubhaftmachens eine Zwischenstufe zwischen blosser Behauptung und voller Beweisführung.

Für die Glaubhaftmachung der Forderung können im Einzelfall beispielsweise Verdienstangaben in einem schriftlichen Arbeitsvertrag, Lohnabrechnungen, Stundenrapporte, Bank- oder Postauszüge, eine Schuldanerkennung des früheren Arbeitgebers, Bescheinigungen des Betreibungs- und Konkursamtes und unter Umständen Aussagen von ehemals vorgesetzten Personen oder Mitarbeitenden herangezogen werden (AVIG Weisung IE B15 und B16).

Die Frist für die Anmeldung des IE-Anspruchs beginnt bereits im Zeitpunkt der Veröffentlichung der provisorischen Nachlassstundung im SHAB (BGE 131 V 454).

Prüfungsteil 1.2: Falldossier

Kandidatennummer

D-25-000-0

Aufgabe 5: Entscheid (Fortsetzung)

Die arbeitnehmende Person muss im Konkurs- oder Pfändungsverfahren alles unternehmen, um ihre Ansprüche gegenüber dem Arbeitgeber zu wahren, bis die Kasse ihr mitteilt, dass sie an ihrer Stelle in das Verfahren eingetreten ist. Diese Vorgabe resultiert aus der allgemeinen Schadenminderungspflicht der versicherten Person.

Danach muss die versicherte Person die Kasse bei der Verfolgung ihres Anspruchs in jeder zweckdienlichen Weise unterstützen.

Der Schadenminderungspflicht nachkommen bedeutet auch, dass sich die arbeitnehmende Person bereits während dem Arbeitsverhältnis für die Geltendmachung ausstehender Löhne ernsthaft beim Arbeitgeber bemühen muss (schriftliche Mahnung usw.). Von der arbeitnehmenden Person wird jedoch nicht verlangt, dass sie während dem bestehenden Arbeitsverhältnis gegen ihren Arbeitgeber eine Betreibung einleitet oder eine Klage einreicht. Hingegen wird von ihr verlangt, dass sie dem Arbeitgeber in eindeutiger und unmissverständlicher Weise ihre Lohnforderung mitteilt (BGE C 367/01 vom 12.4.2002).

Nach Auflösung des Arbeitsverhältnisses muss die versicherte Person sehr rasch und sehr konkret gegen ihren Arbeitgeber vorgehen, d. h. die offenen Lohnforderungen auf dem Vollstreckungsweg unmissverständlich einfordern. Tut sie dies nicht, verliert sie wegen der Verletzung der Schadenminderungspflicht ihren Anspruch auf IE.

Inwieweit Massnahmen zur Realisierung der Lohnansprüche für die versicherte Person aufgrund ihrer Schadenminderungspflicht zumutbar sind, beurteilt die Kasse nach den gesamten Umständen des Einzelfalles.

Die Anforderungen an die Schadenminderungspflicht sind somit vor Auflösung des Arbeitsverhältnisses bedeutend weniger streng als nach erfolgter Auflösung des Arbeitsverhältnisses. Nach Auflösung des Arbeitsverhältnisses muss demnach die Kasse die Anforderungen an die Schadenminderungspflicht - insbesondere auch in Bezug auf das zeitliche Kriterium des Tätigwerdens - strenger beurteilen. Dies rechtfertigt sich umso mehr, als es für die arbeitnehmende Person nach der Auflösung des Arbeitsverhältnisses keinen Grund mehr gibt, von einer gezielten Geltendmachung der Lohnausstände abzusehen (AVIG Weisung IE B36 bis B38).

Marco Sutter ist in diesem Fall seiner Schadenminderungspflicht nicht nachgekommen und hat daher keinen Anspruch auf Insolvenzenschädigung.

Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung ab dem 01.03.2025

Grundsätzlich hätte Marco Sutter aufgrund seiner Beitragszeit Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung. Der Umstand, dass er bereits eine Rente bezieht, hat darauf keine Auswirkung. Allerdings ist die Rente so hoch, dass kein Verdienstaufschlag entsteht. Daher wird er keinen Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung haben (Art. 18c AVIG und Art 32 AVIV).

Prüfungsteil 1.2: Falldossier

Kandidatennummer

D-25-000-0

Aufgabe 6: Kommunikation (15 Punkte)

Erzielte Punkte

Zeigen Sie auf, wie Sie planen Ihren Entscheid in den Fällen Vanja Selic zu kommunizieren. Wer sollte wann wie informiert werden?

- Wer erhält den Entscheid und in welcher Form geschieht dies? Wie kann Sanja Vanic sich gegen diesen Entscheid zur Wehr setzen?

Lösungsvorschlag

Aufgabe Vanja Selic

Anspruch als Grenzgängerin

Anspruch auf IE haben beitragspflichtige arbeitnehmende Personen von Arbeitgebern, die in der Schweiz der Zwangsvollstreckung unterliegen oder in der Schweiz arbeitnehmende Personen beschäftigen. Arbeitnehmende, die das Mindestalter für die AHV-Beitragspflicht noch nicht erreicht haben, werden den beitragspflichtigen Arbeitnehmenden gleichgestellt.

Der Anspruch auf IE unterliegt keinen weiteren Bedingungen als der Ausübung einer beitragspflichtigen unselbstständigen Erwerbstätigkeit. Daher können auch Grenzgänger und Grenzgängerinnen oder im Ausland wohnende Personen Anspruch auf IE erheben. Ebenfalls nicht entscheidend ist, ob die Sozialversicherungsbeiträge tatsächlich bezahlt worden sind, oder ob die arbeitnehmende Person über eine gültige Arbeitsbewilligung verfügt.

Die Durchführungsstellen sind gehalten, gestützt auf Art. 11 BGSA, Hinweise und Verdachtsmomente, welche auf Schwarzarbeit deuten können, den kantonalen Organen zur Bekämpfung von Schwarzarbeit zur Abklärung zu melden (AVIG Weisung IE B9).

Folglich hat Sanja Anspruch auf Insolvenzenschädigung.

Lohnbestandteile

Grundsätzlich deckt die IE nur Lohnforderungen für geleistete Arbeit vor dem entsprechenden Insolvenzenereignis. Für den Begriff der Lohnforderung ist nicht der betreibungsrechtlich privilegierte Lohn (Art. 219 Abs. 4 SchKG), sondern der Lohnbegriff der ALV bzw. der AHV massgebend. Unter Lohnforderung ist der massgebende Lohn im Sinne von Art. 5 Abs. 2 AHVG zu verstehen. Mit der Anknüpfung an das AHV-Beitragsstatut werden grundsätzlich sämtliche beitragspflichtigen unselbstständigen Erwerbstätigkeiten erfasst. Die IE deckt jedoch die Lohnforderungen nur bis zum Höchstbetrag nach Art. 3 Abs. 2 AVIG (Weisung AVIG IE B11).

Prüfungsteil 1.2: Falldossier

Kandidatennummer

D-25-000-0

Aufgabe 6: Kommunikation (Fortsetzung)

Zum massgebenden Lohn gehören insbesondere:

- *der Grundlohn (Monats-, Stunden- oder Akkordlohn);*
- *Naturalleistungen, höchstens bis zu den in der AHV massgebenden Ansätzen;*
- *der 13. Monatslohn und die Gratifikation, sofern sie ausgerichtet worden sind oder die versicherte Person ihre glaubhaft gemachte Forderung gerichtlich durchzusetzen versucht;*
- *Provisionen, Bonuszahlungen;*
- *Dienstaltersgeschenke und Treueprämien sofern sie geschuldet und tatsächlich ausgerichtet worden sind;*
- *Zulagen wie z. B. Orts- und Teuerungszulagen;*
- *Nacht-, Schicht-, Sonntags- und Pikettzulagen, wenn die versicherte Person aufgrund ihrer Tätigkeit solche Zulagen normalerweise erhalten hat*

Der erzielte Verdienst wird in jenen Beitragsmonaten angerechnet, in welchen die Arbeitsleistung erbracht worden ist (Weisung AVIG ALE C2).

Folgende vertragliche Lohnforderungen fallen nicht unter den Lohnbegriff und sind deswegen von der IE ausgeschlossen:

- *Erhaltene gesetzliche oder vertragliche Lohnersatz Einkünfte (Taggelder) infolge unfall- oder krankheitsbedingter Arbeitsverhinderung. Lediglich eine allfällige Differenz zwischen den Ersatz einkünften und einem weitergehenden Lohnanspruch ist zu entschädigen;*
- *Familienzulagen (Art. 6 Abs. 2 Bst. f AHVV); oder*
- *Sämtliche Unkostenentschädigungen, die Spesencharakter haben und deshalb auch nicht AHV-beitragspflichtig sind, wie z. B. Reisespesen, Verpflegungszuschläge, Repräsentationskosten, Auslagen für Arbeitsmaterial und Berufskleider sind von der IE ausgeschlossen (Weisung AVIG IE B12).*

Prüfungsteil 1.2: Falldossier

Kandidatennummer

D-25-000-0

Aufgabe 6: Kommunikation (Fortsetzung)

Berechnung IE

Sanja erhält für die Monate Dezember und Januar den Maximalverdienst von CHF 12'350 pro Monat.

Lohnausstände:

Dezember: CHF 12'350

Januar: CHF 12'350

Total IE: CHF 24'700

Berechnung Auszahlung an die versicherte Person

<u>Bruttobetrag</u>
<u>CHF 24'700</u>
<u>Abzug AHV/IV/EO/ALV (6.4%)</u>
<u>CHF 1'580.80</u>
<u>Abzug BVG</u>
<u>CHF 2'470 (10%)</u>
<u>Nettobetrag</u>
<u>CHF 20'649.20</u>

Information:

Kommunikation: Der Entscheid wird Sanja Vanic direkt und formlos zugestellt, er erfolgt als Abrechnung. Sanja Vanic hat 90 Tage Zeit, um eine Verfügung zu verlangen und anschliessend 30 Tage Zeit, um eine Einsprache einzureichen.